

ren feststanden, waren jeweils sechs Frauen und sechs Männer aufgestellt worden. Nun mussten die also nach dem Reißverschlussprinzip auf die Liste verteilt werden. Für mich kam dabei letztlich Listenplatz 7 raus – nicht völlig chancenlos, aber auch alles andere als ein sicheres Ticket für den Bundestag. Ich gehöre also zu denjenigen, die erst am 22. September spät abends, vielleicht sogar erst am nächsten Morgen wissen werden, ob sie gewählt sind.

Aber egal, wie es ausgeht: Ich werde in Zukunft bei allen Gesprächen mit Abgeordneten sagen können, dass ich aus eigener Erfahrung nachvollziehen kann, was Aufstellungsprozess und Wahlkampf für Anforderungen stellen. Ich lerne das komplizierte Zusammenspiel zwischen »Basis«, Funktionären und Hauptamtlichen nochmals aus einer anderen Perspektive kennen. Und versuche derzeit, es so zu gestalten, dass ich etwas von dem politischen Umgangsstil, den ich aus meiner BSV-Arbeit kenne und schätze, in die Parteistrukturen übertrage. Das hatte ich als Unterbezirkskassiererin auch schon versucht, aber eine Wahlkreiskandidatin wird ganz anders wahrgenommen als eine Kassiererin. Franziska Drohsel hatte als Juso-Bundesvorsitzende eine »Tour de Sociale« in soziale Einrichtungen in verschiedenen Städten gemacht, die von den jeweiligen Juso-Gliederungen vorbereitet worden war. Sie bot mir an, etwas Entsprechendes für meinen Wahlkreis zu organisieren, was ich natürlich gerne angenommen habe. So ziehe ich derzeit zusammen mit bezirks- und landespolitischen MandatsträgerInnen durch Kinder-, Jugend- und Nachbarschaftszentren, besuche Organisationen, die sich im Bereich

Pflege, Beratung oder Inklusion psychisch oder physisch Erkrankter engagieren. Oft sind wir schnell am Fachsimpeln über Projektfinanzierung, über die Tücken und Chancen der Zusammenarbeit zwischen Ehrenamtlichen und bezahlten GeschäftsführerInnen oder darüber, wie die eigene Arbeit staatlichen Geldgebern gegenüber angemessen präsentiert werden kann. Die Frage, wie mit Ausgrenzung, Gewalt, Ungerechtigkeit im eigenen Land umgegangen werden kann, beschäftigt mich ja auch als BSV-Vorsitzende. Viele in meinem Unterbezirk freuen sich, dass Franziska Drohsel und ich den Fokus auf die Probleme richten, die es auch in einem im Durchschnitt eher wohlhabenden Stadtteil gibt. Die SPD war lange eine Partei, die an der Basis der Gesellschaft angesetzt hat. Sie hat zumindest lokal das Zeug dazu, es wieder zu werden.

Ich werde die SPD, auch wenn ich es in den Bundestag schaffe, nicht im Alleingang verändern können. Aber ich werde alle diejenigen nachdenklich machen können, die behaupten, dass in unseren etablierten Parteien nur diejenigen eine Chance haben, die sich an innerparteiliche Seilschaften anpassen, an phantasielose Realpolitik. Denn als Mathematikerin weiß ich: Eine allgemeine Aussage wird durch ein einziges Gegenbeispiel widerlegt.

Dr. Ute Finckh-Krämer ist Forum Pazifismus-Redakteurin und Co-Vorsitzende des Bundes für Soziale Verteidigung (BSV). Zur Bundestagswahl kandidiert sie als Direktkandidatin im Wahlkreis Berlin-Steglitz-Zehlendorf für die SPD, auf deren Landesliste sie auf Platz 7 ist.



Kathrin Vogler

Warum ich als Pazifistin Politik für Die Linke mache

Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?

Dinhaltliche Grundlage meiner friedenspolitischen Arbeit ist nach wie vor die pazifistische Grundsatzerklärung „Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, keine Art von Krieg zu unterstützen und an der Beseitigung aller Kriegrursachen mitzuarbeiten.“ Das ist heute noch so richtig wie vor 34 Jahren, als ich die Beitrittserklärung der DFG-VK unterschrieben habe. Ich engagiere mich heute auch deshalb bei der Linken, weil diese Partei

die einzige relevante ist, in der ich als Pazifistin keine geduldete Randerscheinung bin, sondern das Bild der Partei mit prägen kann. Zum Beispiel wurden in NRW immerhin drei DFG-VK-Mitglieder auf die vorderen 10 Listenplätze zur Bundestagswahl gewählt.

Die Linke sieht sich selbst als Teil der Friedensbewegung. Sie fordert das Verbot aller Rüstungsexporte, die Beendigung der Auslandseinsätze und konkrete Abrüstung. Wer in den letzten Jah-

ren an einer Friedensdemonstration teilgenommen hat, konnte die Präsenz der Linken nicht übersehen.

Natürlich finde ich es richtig, dass die Bewegung sich nicht für einzelne Parteien instrumentalisieren lässt, aber ich würde mir eher wünschen, dass auch aus anderen Parteien wieder mehr Menschen an unseren gemeinsamen Aktionen teilnehmen, als Parteien allgemein ausgegrenzt werden. Es war immer eine Stärke der Friedensbewegung, dass wir uns um gesellschaftliche Mehrheiten quer zur Parteipolitik gekümmert haben. Meinungsumfragen ergeben immer wieder große Mehrheiten für Forderungen der Friedensbewegung. Wahlentscheidend scheinen diese Themen aber leider nicht zu sein, denn sonst hätte Die Linke eine Zweidrittelmehrheit im Bundestag und könnte das Rüstungsexportverbot ins Grundgesetz schreiben.

Die Linke im Bundestag an der Seite der Friedensbewegung

Ich bin auch deshalb zur Linken gekommen, weil ich der Meinung bin, dass eine parlamentarische Vertretung links von der SPD notwendig ist, um der Stimme der Friedens- und Antikriegsbewegungen auch im Parlament Gehör zu verschaffen. Es wäre zu einfach, Parlamentsarbeit nur, wie Rosa Luxemburg das erklärt hat, als Ausnutzen der „Tribüne“ zu verstehen, aber es ist wichtig, dass wenigstens eine Fraktion im Bundestag gegen alle Kriegseinsätze stimmt und damit der auf Parlament und Regierung fixierten Medienöffentlichkeit immer wieder abnötigt, auch über friedenspolitische Positionen zu berichten.

Alle anderen Parteien stimmen darin überein, dass die Bundesrepublik ihre außenpolitischen Interessen auch mit militärischen Mitteln verfolgen soll. Differenzen gibt es zwischen ihnen nur über die konkrete Ausgestaltung. Das zeigt sich auch in den Abstimmungen, in denen alle Fraktionen gemeinsam gegen Die Linke Kriegseinsätze durchwinken. Dabei macht es einen deutlichen Unterschied, ob einzelne „Abweichler“ dagegen sind, oder ob es eine ganze Fraktion gibt, die geschlossen „Nein“ sagt. Einzelne Gegenstimmen lassen sich immer als individuelle Entscheidungen umdeuten, die geschlossene Ablehnung einer Fraktion ist ein politisches Zeichen, das auch nach draußen Mut macht.

Ich glaube aber, dass unsere parlamentarische Wirkung noch darüber hinaus geht. Ein Beispiel ist die Arbeit im Unterausschuss „Zivile Krisenprävention und vernetzte Sicherheit“, in dem ich unsere Fraktion vertrate. Auch hier sind sich alle anderen Fraktionen einig, dass das, was wir unter ziviler Konfliktbearbeitung verstehen, sich in eine vor allem militärgestützte Außenpolitik einfügen soll. Hier sehe ich meine Aufgabe darin, immer

wieder deutlich zu machen, dass zivile Konfliktbearbeitung gerade nicht die „Petersilie“ auf einer militärisch dominierten Außenpolitik sein darf.

In öffentlichen Anhörungen ist es durch die Präsenz der Linken im Parlament möglich, VertreterInnen von Friedensorganisationen – etwa von der Informationsstelle Militarisation, der Internationalen Frauenliga für Frieden und Freiheit, der Plattform Zivile Konfliktbearbeitung, dem Konsortium Ziviler Friedensdienst – oder Persönlichkeiten wie Andreas Buro einzuladen, die diese Position verstärken.

Und in welcher Bundestagsfraktion sonst wäre es möglich, ein Treffen der DFG-VK-Mitglieder unter den Abgeordneten durchzuführen, so wie wir das in der Linksfraktion im letzten Jahr gemacht haben? Ich möchte diese Initiative auch in diesem Jahr fortsetzen, und vielleicht wird das ja eine regelmäßige Institution.

Auch in der Linken gibt es Debatten darum, ob wir immer und in jedem Fall einen Bundeswehreinsatz ablehnen sollen. Mir ist dabei wichtig, dass wir aus dem Beispiel der Grünen, wo unter dem Vorwand des Menschenrechtsschutzes die außenpolitische „Regierungsfähigkeit“ der Partei hergestellt wurde, Konsequenzen ziehen. Ich glaube keine Sekunde, dass es Joschka Fischer um die Menschenrechte in Jugoslawien ging. Der wollte Außenminister werden und Deutschland in den UN-Sicherheitsrat befördern. Dafür musste die Friedensposition der Grünen fallen. Nun gibt es auch in meiner Partei Leute, die sehr gerne MinisterInnen oder zumindest StaatssekretärInnen werden wollen und die dafür auch unsere außenpolitische Position verschieben würden. Aber das ist eine Minderheit, die ganz große Mehrheit der Mitglieder und auch der Abgeordneten steht für eine derartige Wende nicht zur Verfügung. Dass das so bleibt, dafür werde ich mich weiter stark machen.

In einem Papier für den Bund für Soziale Verteidigung bin ich der Frage nachgegangen, warum Abgeordnete in der Friedensfrage „umkippen“ (nachzulesen im Internet unter: www.kathrin-vogler.de/uploads/media/infoblatt_politische_fallen.pdf). Ich denke, dass es hier vier Fallen gibt: Erstens setzen PolitikerInnen die Bundeswehr ein, weil es sie gibt („Verfügbarkeitsfalle“). Zweitens stellt eine Ablehnung militärischen Eingreifens ein leichtes Opfer auf dem Altar der Regierungsfähigkeit dar („innere Bündnisfalle“), und es bestehen durch die bisherigen Bundesregierungen eingegangene Verpflichtungen gegenüber UN, EU oder Nato („äußere Bündnisfalle“). Drittens glauben Abgeordnete umso eher an die inhaltlichen Begründungen von Auslandseinsätzen, je häufiger sie sie selbst gegen ihre ursprüngliche Überzeugung wiederholen („Glaubensfalle“). Und viertens verlässt sich die gesamte Fraktion oft auf die inhaltlichen Vorgaben der jeweili-

gen FachpolitikerInnen in der Fraktion („Verlässlichkeitsfalle“). All das wirkt zusammen und kann dann dazu beitragen, dass auch Abgeordnete, die als PazifistInnen gestartet sind, Militäreinsätzen zustimmen. Ich finde es wichtig, sich damit auseinanderzusetzen, weil das mehr Ansatzpunkte für Gegenstrategien bietet, als wenn man davon ausgeht, dass die „Umfaller“ einfach nur opportunistisch sind.

Für mich habe ich daraus die Konsequenz gezogen, einerseits tragfähige und glaubwürdige Alternativkonzepte zu Militär und Krieg zu entwickeln und andererseits auf die Rückkopplung mit außerparlamentarischen Bewegungen zu achten, um das politische Immunsystem der Linken gegen den Jasager-Virus zu stärken.

Wenn die KollegInnen aus den anderen Fraktionen die beharrliche Ablehnung von Kriegseinsätzen als „langweilig“ beschimpfen und eine „Weiterentwicklung“ unserer Positionen (also die Zustimmung zu Kriegseinsätzen) fordern, dann bestärkt es mich, wenn ich auf Kongressen der Friedensbewegung oder bei Aktionen genau für diese konsequente Haltung Zustimmung erhalte.

An dieser Stelle würde ich mir manchmal wünschen, dass die außerparlamentarischen Kräfte diesen Hebel mehr nutzen. Ich freue mich zum Beispiel, wenn alle 620 Abgeordnete viele Mails und Briefe mit der Aufforderung bekommen, gegen das Afghanistan-Mandat zu stimmen. Aber es wäre auch hilfreich, sich nach einer solchen Abstimmung bei denen zu bedanken und sie zu unterstützen, die das tatsächlich getan haben.

■ Friedenspolitik im Programm der Linken

Der Friedensteil des Parteiprogramms gehört zu jenen, die am umstrittensten waren und sind. Deswegen bleibt er auch widersprüchlich. Zwar schließt Die Linke lediglich „Kampfeinsätze“ aus und fällt damit hinter die Beschlüsse der PDS zurück. Sie fordert, dass Deutschland lediglich aus den militärischen Strukturen der Nato austritt. Dennoch wird im Erfurter Programm der Ausstieg aus dem Militär als reale Vision erkennbar. Schon im ersten Satz des Kapitels bekennt sich Die Linke zur Gewaltfreiheit, sowohl zwischen Staaten als auch innerhalb der Gesellschaft. Im Weiteren beschreibt sie das Leitbild des gerechten Friedens, der mehr ist als die Abwesenheit von Krieg.

Damit greift Die Linke ein Friedensverständnis auf, wie es die Kirchen, die Friedensbewegung und Teile der Friedensforschung in den letzten Jahrzehnten entwickelt haben. Das Konzept der „Vernetzten Sicherheit“ und die zivilmilitärische Zusammenarbeit werden unmissverständlich abgelehnt. Folgerichtig ist die Idee eines „Willy-Brandt-Korps“ für internationale Katastrophenhilfe. Dieses ist ausbaubar zu einer pazifistischen

Alternative zu Militäreinsätzen. Es gibt weltweit keine zivile Institution, die über die notwendige Logistik verfügt, um Hilfsgüter und spezialisierte Fachkräfte schnell in entlegene oder umkämpfte Gebiete zu bringen. Eine vollständig zivile Organisation zu schaffen, die dies bewältigen kann, könnte Militäreinsätzen einen Großteil ihrer Legitimation in der Öffentlichkeit nehmen. Der Slogan „helfen statt schießen“ bekommt damit eine reale Gestalt.

Die ausdrückliche Ablehnung von Militäreinsätzen nach Kapitel VII der UN-Charta (so genannte „friedensschaffende“ oder „friedens erzwingende“ Einsätze) ist eine klare Positionierung gegen den Weg, den die Grünen gegangen sind. Alle UN-mandatierten Militäreinsätze der letzten Jahre gingen weit über die Blauhelm-Definition nach Kapitel VI hinaus. Es gibt also im Programm der Linken praktisch kein Einfallstor für eine Zustimmung zu Bundeswehrein-sätzen im Ausland.

Dass Die Linke trotz ihres Bekenntnisses zu Gewaltfreiheit und ziviler Konfliktbearbeitung keine ausschließlich pazifistische Partei ist, liegt auf der Hand. Sie ist aber mit diesem Programm eine, in der PazifistInnen und AntimilitaristInnen eine wichtige Rolle spielen – bis in den Parteivorstand hinein. Diese gilt es zu verteidigen und auszubauen.

Auch wenn es derzeit nicht sehr wahrscheinlich ist: Mit Blick auf Regierungsbeteiligungen im Bund wird der Druck auf Die Linke zunehmen, ihre friedenspolitischen Positionen aufzugeben. Hier kommt es einerseits darauf an, realistische Konzepte für eine radikal friedliche Außenpolitik zu entwickeln. Der andere und sehr viel wichtigere Aspekt ist aber der: Ohne massive außerparlamentarische Unterstützung wird eine solche, grundlegend andere Außenpolitik nicht durchsetzbar sein. Ein kleiner Koalitionspartner könnte sicherlich in Koalitionsverhandlungen das Thema setzen, durchsetzen kann er sich aber nur, wenn diese Position durch starken Druck von außen unterstützt wird.

Angesichts der realen Verhältnisse in den anderen Parteien stellt sich für mich die Koalitionsfrage im Moment so ohnehin nicht. Die Sozialdemokraten, gerade auch „SPD-Linke“ fordern von uns, unsere friedenspolitischen Positionen aufzugeben, bevor eine Zusammenarbeit infrage kommt. Was die Kriege in Libyen und aktuell in Mali anbetrifft, sind es vor allem PolitikerInnen von SPD und Grünen, die nach einer stärkeren Beteiligung der Bundeswehr, also nach mehr Krieg rufen. Den Patriot-Einsatz in der Türkei bezeichnete der verteidigungspolitische Sprecher der SPD, Rainer Arnold, gar als Maßnahme zur „Deeskalation“. In den letzten Konflikten scheint es so, als sei die Kriegsbegeisterung bei SPD und Grünen noch größer als bei Schwarz-Gelb. Für eine solche Politik kann und wird sich Die Linke nicht

hergeben. Deswegen ist jede Stimme für Die Linke bei der Bundestagswahl eine Stimme gegen den Krieg.

Die wahrarithmetischen Spielereien können wir getrost anderen überlassen. Aus meiner Perspektive gibt es tatsächlich zwei Lager in der Bundespolitik: Das große Lager der Militärbefürworter in CDU, CSU, SPD, FDP und Bündnis90/Die Grünen, die glauben, dass die Bereitschaft zum Einsatz von Militär eine Bedingung der „Politikfähigkeit“ ist, auf der einen Seite und Die Linke als einzige Opposition auf der anderen Seite. Ob Merkel oder Steinbrück die nächste Bundesregierung führen, ist dabei weniger relevant als die Frage, wie stark diese linke Opposition im Bundestag sein wird. Deswegen werbe ich ausdrücklich dafür, bei dieser Bundestagswahl nicht nur Die Linke zu wählen, sondern sie auch mit außerparlamentarischem Rückenwind zu versehen, etwa

durch Wahlaufrufe, friedenspolitische Veranstaltungen oder durch aktive Unterstützung im Wahlkampf.

Nur friedlich zu denken reicht nicht aus. Es geht auch darum, eine andere Politik möglich zu machen. Und dafür bleibt Die Linke eine wichtige Bündnispartnerin der Friedensbewegung und aller KriegsgegnerInnen.

Kathrin Vogler ist seit 1979 DFG-VK-Mitglied, in den 1990er Jahren war sie Geschäftsführerin des DFG-VK-Landesverbands Nordrhein-Westfalen und Bundessprecherin, danach war sie Geschäftsführerin des Bundes für Soziale Verteidigung. Seit 2009 ist sie Linke-Bundestagsabgeordnete. Sie kandidiert wieder für den Bundestag. Dieser Text ist erstmals in der Ausgabe 1/2013 der DFG-VK-Zeitschrift »ZivilCourage« erschienen.



Michael Schmid

Warum ich als Pazifist keine Parteipolitik (mehr) mache

Bundestagswahl 2013: Politik. Parteien. Pazifismus?

Von 1982 bis 1992 war ich Mitglied der Partei Die Grünen. In dieser Zeit kandidierte ich unter anderem für sie bei der Wahl zum Landtag von Baden-Württemberg 1984 im Kreis Sigmaringen, war 1984/85 Kreisvorsitzender, bei der Landtagswahl 1988 Zweitkandidat und bei der Bundestagswahl 1990 Kandidat im Wahlkreis 198 (Zollernalb-Sigmaringen). Damit ist angedeutet, dass ich mich damals durchaus für diese Partei engagiert habe, bevor ich im Frühjahr 1992 wieder ausgetreten bin. Seither war ich nicht mehr Mitglied irgendeiner Partei, habe bei keinen politischen Wahlen mehr kandidiert, mich an Wahlen zwar nicht immer, aber doch zumeist beteiligt.

Ab Mitte der 1970er Jahre hatte ich begonnen, mich gesellschaftspolitisch zu engagieren. Dies geschah vornehmlich in kleinen, unabhängigen Basisgruppen, die sich der »Dritte-Welt«, Ökologie- und Friedensbewegung zurechnen ließen. Unter anderem bin ich in dieser Zeit auch Mitglied beim Versöhnungsbund und in der DFG-VK geworden.

Meine Überzeugung damals wie heute war, dass ein langfristig notwendiger gesellschaftlicher Wandel nicht nur und nicht in erster Linie

über die Parlamente erreicht werden kann. Ohne eine Bewusstseinsveränderung einer Bevölkerungsmehrheit und dem daraus entstehenden »Druck von unten« wird da nicht viel zu machen sein. Deshalb ist es mir wichtig, ein vorherrschendes Politikverständnis zu überwinden, nach dem die einzelnen Bürgerinnen und Bürger demokratische Betätigung nur in der Teilnahme bei Wahlen sehen. Vielmehr muss Demokratie für uns bedeuten, sich fortwährend in die Politik einzumischen und diese nicht mehr nur Stellvertretern in den Parlamenten zu überlassen.

Natürlich nahm ich wahr, dass es ebenfalls Ende der 1970er Jahre insbesondere aus den Reihen der Ökologiebewegung Kandidaturen bei verschiedenen Wahlen gab. Schließlich wurden die Die Grünen gegründet. Weil ich damals jeglicher Parlamentsarbeit äußerst skeptisch gegenüberstand, habe ich mich zunächst auch daran nicht beteiligt, war eher interessierter Beobachter.

Schließlich bin ich dann doch im Herbst 1982 Mitglied der Grünen geworden. Das war – zumindest, was den Zeitpunkt angeht – eine regelrechte Bauchentscheidung: Als der damalige Bundeskanzler Schmidt durch ein konstruktives Miss-